

Magistrat Steyr

Protokoll

über die konstituierende Sitzung des Gemeinderates d. Stadt Steyr, am 14. September 1945.

Vorsitz: Bürgermeister Franz Prokesch

Anwesend:

Alle Mitglieder des Gemeinderates mit Ausnahme der entschuldigten Gemeinderäte:
Weindl, Wöhrer, Linsenmayer und Koller.

Beginn der Sitzung: 17 Uhr

Tagesordnung

1.) Bericht des Bürgermeisters Franz Prokesch:

Der Vorsitzende eröffnet zur festgesetzten Stunde die Sitzung, konstatiert die Beschlussfähigkeit und führt im Wesentlichen aus:

„Es hat den Anschein, als ob die Menschen erst nach einem großen Unglück zur Einsicht gelangen können. Denken wir an den ersten Weltkrieg zurück, der der letzte Ausweg der Monarchen war, die rein dynastische Interessen im Auge hatten. Aus dem Zusammenbruch von damals wurde die Republik geboren. Zum ersten Mal erlebten wir eine demokratische Staatsform. Die Parteien haben bis zu einem gewissen Grad aus ihr das Gute herausgeholt. Ich muss aber offen sagen, dass die wirklichen Verteidiger der Demokratie die sozialistischen Parteien, vor allem die Arbeiterschaft, waren, die mit der Waffe in der Hand die Demokratie verteidigten. Und deshalb halte ich es für meine Pflicht, jener Menschen in diesem Augenblicke zu gedenken.

Blicken wir zurück. Der Heimwehfaschismus begann sich in Österreich breit zu machen, der Heimwehfaschismus, der der Totengräber der Demokratie war. In allen großen Wirtschafts- und Industrieunternehmungen, in den Gemeinden- und Landvertretungen und auch in der Wiener-Regierung saßen seine Exponenten. Es war jedem Einsichtigen schon damals klar, dass es in Österreich zu einer Explosion kommen müsse, zum Unglück der gesamten Bevölkerung. Aus den Jahren 1934 bis 1938 müssen wir die Lehre ziehen, dass eine Uneinigkeit im Volke wie damals nicht mehr kommen darf.

Ich wende mich zunächst an die Vertreter der Volkspartei. Wenn die Zusammenarbeit wie bisher unter Führung von Bürgermeisterstellvertreter Franz Paulmayr und Stadtrat Ludwig Wabitsch so weitergeht, dann können wir mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Ich richte daher in dieser ersten Sitzung auch den dringenden Appell an alle Parteien, alles daran zu setzen, dass in Steyr die anständige Bevölkerung nicht mehr politisch gegeneinandergehetzt wird. Jeder Parteifunktionär ist verpflichtet, selbst dann, wenn es Differenzen wirtschaftlicher oder politischer Natur gibt, alles daran zu setzen, um ein Chaos in der Zukunft zu vermeiden. Sind sich aber die Führer einig, dann ist es auch die Mitgliedschaft. Die Heimwehbewegung vom Jahre 1934 bis 1938 hat der Arbeiterschaft viel genommen. Ihre Organisationen, ja selbst die Kulturorganisationen (Naturfreunde) wurden mit brutaler Gewalt zerstört. Und zu spät wurden sich die Machthaber von damals des Wahnsinns bewusst und wir mussten das Jahr 1938 erleben, das für uns keine Überraschung mehr war. Der Nationalsozialismus in Deutschland hat mit allen Mitteln die wirtschaftlichen Grundlagen in Österreich untergraben, um aus der Not seinen politischen Nutzen zu ziehen. Es ist ihm gelungen. Die Widerstandskraft des österreichischen Volkes war so stark gesunken, dass die Ereignisse von 1938 nicht mehr aufgehalten werden konnten. Was wir nun vom Jahre 1938 bis zum 5.V.1945, vom Kriege abgesehen, an Grausamkeiten, Terror, Mord mitgemacht haben, ist wohl nicht zu schildern. Ich stelle

mit besonderer Freude fest, dass in unserem Kreise hier Männer sitzen, die im vergangenen Regime den Leidenskelch bis zur Neige ausgekostet haben.

Aber auch der Zusammenbruch von 1945 kam uns nicht überraschend. Wir wussten seit Jahren, dass dieser verbrecherische Krieg nur zum Unglück führen musste und waren daher auf das Ende vorbereitet.

Unserem Volke und auch unserer Stadt drohte das Chaos, wenn nicht Männer gewesen wären, die ihr Leben hintansetzten, um die politischen Leidenschaften hintan zu halten. Denn der Hass gegen das abgetretene Regime war ungeheuer und ein Gedanke beseelte die Menschen aller Stände, Vergeltung zu nehmen. Dazu kam, dass nahezu 70.000 Menschen in dieser Stadt zur Zwangsarbeit verurteilt waren und vielfach unmenschlich behandelt wurden.

Es ist für uns alle eine große Genugtuung, dass es uns mit allen Mitteln gelungen ist, das Ärgste von dieser Stadt abzuwenden. Es war nicht immer leicht, man musste oft gegen seinen eigenen Willen handeln und wir mussten uns bei allen unseren Entscheidungen sagen, dass wir die Besiegten und die anderen die Sieger sind.

Noch ist dieser Gemeinderat nicht unser Ideal, noch ist er nicht aufgebaut auf dem Vertrauen der gesamten Bevölkerung. Immerhin aber ist auch die gegenwärtige Gemeindevertretung bereits ein Abbild der im Entstehen begriffenen politischen Parteien.“

Der Redner kommt auf das Problem der Entnazifizierung zu sprechen, das bei der Gemeindevertretung zum größten Teil durchgeführt wurde und nur dort nicht, wo ein Ersatz an geeigneten Kräften fehlt. Der Redner bespricht dann die schwierige Lage der Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Bedarfsartikeln.

„Die Lösung dieser Probleme wird wohl das Schwerste für den kommenden Winter darstellen. Wir müssen uns eben immer bewusst sein, dass wir ausgeraubt sind. Vor allem die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidern und Wäsche ist ganz besonders schwierig. Wir werden neuerlich an die Bevölkerung herantreten müssen noch einmal Nachschau zu halten und abzugeben, was möglich ist. Ich gehe diesen Schritt nicht gerne, weil er eben an die Methoden der Vergangenheit erinnert, aber die Not ist mächtiger.

Unser Erbe ist bankrott. Je tiefer ich Einblick bekomme in die Verwaltungsgeschäfte der Stadt, desto klarer wird mir diese Erkenntnis. Die abgetretene Gemeindeverwaltung verfügte über ungeheure Mittel, in Wahrheit aber hat sie im Vergleich zu dem, was in dieser Stadt zerstört worden ist, unendlich wenig geleistet. In diesem Zusammenhang sei auf die Münichholzschule verwiesen, die gewiss ein schöner Bau ist, aber erst in den letzten Tagen hat sich herausgestellt, dass die Schule noch nicht ganz bezahlt ist und dass noch 1 1/2 Millionen Mark ausständig sind. Noch sehen wir nicht ganz klar. Die Situation ist verworren, die rechtliche Grundlage noch nicht genau erkennbar, es sind keine Belege vorhanden usw. Unsere Pflicht wird es sein, hier die Gemeinde vor Schaden zu bewahren.“

Der Redner kommt dann auf die Schwierigkeit der Lage zu sprechen, die durch die verschiedenen Demarkationslinien gegeben ist und die Unsicherheit in jeder Hinsicht, da in Österreich noch keine Zentralregierung besteht.

„Wir haben uns ferner bemüht, das Schulproblem zu lösen und es ist uns im Wesentlichen gelungen. Die meisten Schulen werden eröffnet. Bei einigen tritt wohl eine kleine Verzögerung ein. Aber wir setzten alle Kräfte daran den Schulbeginn zu ermöglichen, ist ja auf diesem Gebiete ungeheuer viel nachzuholen. Eine schwere Sorge allerdings ist die Bestellung der Lehrer, sind doch in Steyr allein 43 % politisch belastet.

Ich will nun in Kürze eine Finanzübersicht geben. Ein genauer Überblick ist derzeit unmöglich und ebenso eine Prognose für die nächste Zukunft, da ja auch auf diesem Gebiete alle realen Grundlagen fehlen. So hat, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die vergangene Gemeindevertretung große Rücklagen gemacht, die natürlich nur dann von Wert sind, wenn Geldsicherheit besteht.

Es ist klar, dass die Steuereingänge einen geradezu ungeheuren Rückschlag erlitten haben.

Nachstehend eine kurze Übersicht:

	1944	1945	
	1.4.-31.8.	1.4.-31.8	Minderertrag
Finanzzuweisung	206.464.--	91.730.--	114.734.--
Grundsteuer	234.737.84	162.315.24	27.422.60
Gewerbesteuer	737.334.95	100.000.-	637.334.95
Lohnsummensteuer	163.571.11	9.019.66	154.551.45
Bürgersteuer	327.063.--	--	327.063.--
Getränkesteuer	17.291.40	11.899.62	5.391.78
sonst. Gemeindesteuern	27.057.97	10.810.30	16.247.66
	1,713.520.26	385.774.82	1,327.745.44

Der ordentliche Haushalt weist in den ersten fünf Monaten des Jahres einen Abgang von rund 120.960.- RM aus. In diesem Betrag sind auch die Ausgaben für die Militärregierung enthalten, die die Gemeinde allein nicht tragen wird können.

Zum Schlusse möchte ich noch folgendes mit Nachdruck betonen. Wir müssen der Bevölkerung zeigen, dass hier ehrliche Arbeit geleistet wird, und dass wir nicht mehr Parteipolitik betreiben, als unbedingt notwendig ist. Und zum Schluss noch einen letzten Apell an alle Parteienvertreter in Hinkunft dafür zu sorgen, dass in diesem Saale niemals mehr eine Auseinandersetzung vorkommen soll, die der Bevölkerung zum Schaden sei.“

Der Bericht des Bürgermeisters wird einmütig, debattelos mit Beifall zur Kenntnis genommen.

2.) Bestellung der Gemeinderatsausschüsse. (Berichterstatter Bürgermeister Franz Prokesch).

Der Berichterstatter stellt folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe die Bestellung folgender Ausschüsse:

1.) Finanz- und Rechtsausschuss: Mitgliederzahl 9

Obmann: Prokesch Franz

Obmannstellvertreter: Paulmayr Franz

Azwanger Anton

Dedic Karl

Petrak Willi

Weindl Anton

Wabitsch Ludwig

Huemer Alois

Koller Gottfried

2.) Bau- und Verwaltungsausschuss: Mitgliederzahl 9

Obmann: Paulmayr Franz

Obmannstellvertreter: Kahlig Johann

Eder Karl

Ribnitzky Vinzenz

Kastner Hans

Schnabl Franz

Wöhler Hubert

Schwarz Albert

Mayrhofer Josef

3.) Fürsorgeausschuss: Mitgliederzahl 9

Obmann: Azwanger Anton

Obmannstellvertreter: Koller Gottfried

Wolfahrt Josef

Pöschl Josef
Bloderer Josef
Vogelsam Josef
Fischer Franz
Steininger Oskar
Eder Karl

4.) Liquidierungs- und Wiedergutmachungsausschuss: Mitgliederzahl 9

Obmann: Wipplinger Karl
Obmannstellvertreter: Petrak Willi
Bloderer Josef
Fellinger Josef
Freis Georg
Riha Karl
Ennsthaler Wilhelm
Wabitsch Ludwig
Ribnitzky Vinzenz

5.) Kultur- und Sportausschuss: Mitgliederzahl 9

Obmann: Azwanger Anton
Obmannstellvertreter: Trauner Franz
Enge Franz
Mayrhofer Josef
Linsenmayer Leopold
Baminger Hans
Riha Karl
Ennsthaler Wilhelm

6.) Fremdenverkehrsausschuss: Mitgliederzahl 6

Obmann: Steinbrecher Leopold
Obmannstellvertreter: Mayrhofer Ferdinand
Linsenmayer Leopold
Baminger Hans
Kastner Hans
Ennsthaler Wilhelm
Experten:
Schickl Fredrich
Hiessmayr Karl

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

3. Berichtstatter Bürgermeisterstellvertreter Franz Paulmayr
Berichterstattung über die Bautätigkeit seit Mai 1945.

Der Berichtstatter bringt einen umfassenden Bericht über die Bauarbeiten ab 7.V.1945 bis zum 1.VII.1945 (Tätigkeit des Stadtbauamtes):

1.) Kriegsbedingte Arbeiten.

Abtragung von 50 Panzersperren im engeren Stadtgebiet, einschließlich Abtransport des Materials, Ablagerung und Aufmessung des gewonnenen Bauholzes.
Freimachung der Torsperren in den Häusern am Ennskai, beim Schloss Lamberg und in der oberen Ölberggasse.

Zuschütten der Schützengräben und der Bunkergruben am Tabor, am oberen Hundsgaben, im Schloss Engelsegg. Abtragung der Splittergraben am Wieserfeldplatz und im Karolinental, Wiedergewinnung des eingebauten Ziegelmaterials.

Abtragung der über die Hälfte bombengeschädigten Häuser, und zwar: Stadtplatz 12 u. 14, Enge 19, 21, 23, teilweise Enge 25, Behebung des Bombenschadens im gemeindeeigenen Hause Redtenbachergasse 9 (Schloss Engelsegg).

Aufräumarbeiten nach totalen Bombenschäden im Mehlgraben, am oberen Huberberg.

Aufräumarbeiten, bzw. Reinigungsarbeiten im Meierhof Gleink, nach Abzug der Einquartierung. Beistellung von Arbeitskräften und Fuhrwerk zur Bergung von Wehrmachtsfahrzeugen.

Absperrung der Stolleneingänge, Bergung der Nebelfässer.

2.) Straßenwesen.

Wiederinstandsetzung von Durchzugs- und Innenstadtstraßen mit Asphaltoberflächenbehandlung u.zw.: Schlüsselhofgasse, Blümelhuberstraße, Artilleriestraße, Leopold Werndlstraße, Promenade, Redtenbachergasse, Tomitzstraße, Stelzhamerstraße, Blumauergasse, Sierningerstraße.

Wiederinstandsetzen wassergebundener Schotterstraßen u.zw.: Aschacherstraße, Fabrikstraße, Gleinkerstraße (in Gleink), Schweizergasse (Leitnerberg), (zweimaliges Instandsetzen der Kurve einschließlich Herstellung des Straßengeländers und Wiederversetzen der zweimalig umgeführten Prellsteine), Steinerstraße, Wolfenstraße (Holzberg und äußerer Straßenteil).

Wiederherstellung der Kleinsteinpflasterung und der Gehsteig-Randsteine u.zw.: Annaberg, Blümelhuberstraße (oberer Teil), Grünmarkt, (Gehsteigpflasterung und Hebung der Fahrbahnplasterung beim Neutor) Pfarrstiege, Schlüsselhofgasse (dreimalige Wiederherstellung der Randsteine an ein und derselben Schadensstelle).

Wiederaufnahme des Steinbrecherbetriebes (Herstellung von rund 100 m³ gebrochenen Straßenschotter und rund 30 m³ Splitt), Gewinnung von Decksand zu wassergebundenen Schotterstraßen.

Vermessung des Taborgeländes zunächst der Michaelerkirche zur Vorbereitung des Planes für eine Taborstiege.

Vorbereitung der Regulierung der Redtenbachergasse und der Schleife am Leitnerberg (Massenberechnungen als Grundlage der Kostenaufstellung).

Freimachung der Straßenkörper von dem im Zuge der Kriegsbauten (Stollen u. Splittergräben) angehäuften Schutt u. Abfallmaterial u.zw.: Annabrücke, Michaelerplatz, Schlüsselhofgasse, Wieserfeldplatz. Die Schlüsselhofgasse wurde in ihrem engen Teile, bei der Einmündung der Fischergasse, verbreitert.

3.) Brücken.

Instandsetzung der Großen Fallenbrücken (am Wehr bei der Schwimmschule) und der Schwarzen Brücke (Brücke über den Steyrfluss, unweit des Krankenhauses).

4.) Straßenbeleuchtung.

Instandsetzung der Straßenbeleuchtung ab 11. Mai 1945 (Aufhebung der Verdunklung u.zw.: Ausbesserung und teilweise Ergänzung des Freileitungsnetzes, Instandsetzung der Beleuchtungskörper.

5.) Verschiedenes.

Ausräumarbeiten im Stadtbauhofe und in den städt. Lagerräumen in der Industriestraße.

Verlagerung der Einrichtung und des Materiallagers der ehem. Technischen Nothilfe in Objekt II in der Fabrikstraße, Räumung des Schülerheimes Garsten, Beistellung von Arbeitskräften und Fuhrwerken zur Übersiedlung von Ämtern der Stadtverwaltung, Abtragung von rund 1.200 m Stacheldraht (Einzäunung beim Gefangenenlager an der Artilleriestraße) und Wiederaufstellung bei der Sommerhubermühle im Steyrtal, Herstellung einer Freileitung zum Anschluss zweier Lampenstellen für die Lagerwache in der Sommerhubermühle. Sammeln und Ablagern der Dachziegel aus den

Kriegsgefangenenlagern bei Dornach, Beistellung von Arbeitskräften und Fuhrwerken im Auftrag der Militärverwaltung.

In der Zeit vom 1.VII. bis 12.IX.1945 wurden nachstehende Arbeiten durchgeführt

1.) Hochbau (Wohnhäuser):

Durchführung kleinerer Instandsetzungsarbeiten in den Wohnhäusern auf der Ennsleite.

Schulbauten:

Instandsetzungsarbeiten in den Schulen u.zw.: Bergschule, Bürgerschule, Ennsleitenschule, Gleinkerschule, Münichholzschule, Realschule, Steyrdorfschule, Wehrgrabenschule, Werndlschule.

Wohlfahrts-Anstalten:

Instandsetzungsarbeiten in den Versorgungshäusern.

Kasernbauten:

Instandsetzung der Reitschule.

2.) Straßenbau.

Vermessungsarbeiten an der Sepp-Stögerstraße und am Leitnerberg, Projekt und Ausschreibung der Straßenregulierung in der Sepp-Stögerstraße, Aussteckung der Kurve am Leitnerberg, Vermessungsarbeiten am unteren Leitnerberg zur Vorbereitung der Straßenverbreiterung, Erweiterung der Anschüttung am Leitnerberg, Projekt und Ausschreibung des Baues der Taborstiege, Umbau und Einmündung der Gründbergstraße in die Sierningerstraße, Regulierung der Gründbergstraße, Erweiterung der dortigen Kurve in der Sierningerstraße.

Erhaltung der wassergebundenen Schotterstraße, und zwar:

Blumauergasse, Christkindl, Gleink, Holzberg, Klein aber mein, Leitnerberg, Münichholz, Spitalskystraße, Stein, Stelzhamerstraße,

Aufbringung einer Schotterlage und von Deckmaterial,

Einwalzung in den Wohnstraßen auf der hohen Ennsleite,

Instandsetzung des Gehsteiges am unteren Schiffweg,

Instandsetzung von Geländen in verschiedenen Teilen der Stadt,

Reinigung der Rinnsale.

Instandsetzung der Pflasterung der Fahrbahn und der Randsteine, und zwar:

Altgasse, Bahnhofstraße, Blümelhuberstraße, Damberggasse, Dukartstraße, Eisenstraße, Fischergasse, Gleinkergasse, Grünmarkt, Leopold-Werndlstr., Pachergasse, Schlüsselhofgasse, Stadtplatz und Wieserfeldplatz

Oberflächenbehandlung der Stadtstraßen mit Kaltasphalt-Emulsion, und zwar:

Dukartstraße, Haratzmüllerstraße, Redtenbachergasse, Schwimmschulstraße, Sierningerstraße, Stelzhamerstraße und Wehrgrabengasse.

Aufstellen von Verkehrstafeln, Gewinnung von Schotter, Splitt und Decksand (in Schlüsselhof und in den Sandgruben) für die Straßenerhaltung, Gewinnung von Streusand.

3.) Öffentliche Anlagen.

Instandsetzung der Südhälfte der Promenade, und zwar:

Abgrenzung der Rasenflächen, Einebnung und Wiederbepflanzung der Rasenflächen.

4.) Kanalisation.

Laufende Instandhaltung. Reinigung der Kanäle, der Revisionsschächte und Regeneinlaufschächte.

5.) Brückenbau.

Neubau der Himlitzerbrücke in Unterhimmel,
Instandsetzung der Großen Fallenbrücke und der Inneren Reiterbrücke,
Instandsetzung der Vogelsangbrücke.

6.) Wasserversorgung.

Laufender Dienst. Untersuchung des Rohrnetzes in Münichholz zwecks Eingrenzung einer Schadensstelle.

7.) Müllbeseitigung.

Laufender Dienst.

8.) Technische Baupolizei.

in den letzten Wochen häuften sich die Ansuchen um Ausnahmegenehmigung vom Bauverbot derart, dass eine Erledigung ohne Rückstand zurzeit nicht möglich ist. Von der Fülle der Ansuchen kann nur ein Bruchteil, wegen Mangel an Baustoffen, aufrecht erledigt werden.

9.) Denkmalpflege.

Vorbereitung des Wiederaufbaues des Werndl-Denkmales.

Die Arbeiten beginnen am 17. September 1945.

10.) Verschiedenes.

Zuschüttung von Bombentrümmern in Klein aber mein,

Zuschüttung von Laufgräben am Tabor und oberhalb des Hundgrabens.

Die Aufräumarbeiten bei den Splittergräben Eysfeld und Wieserfeldplatz wurden wegen Arbeitermangel eingestellt.

Die Zuschüttung des Löschwasserteiches bei der Industriehalle musste ebenfalls wegen Arbeitermangel eingestellt werden.

Aufräumarbeiten nach Bombenschäden am Stadtplatz, in der Enge, Grenzgasse und Johannesgasse.

Abtragen von Einbauten im Märzenkellerstollen zur Vorbereitung der Kartoffeleinlagerung.

Durchführung von Räumungsarbeiten:

Neulustgut, Kinderheim Garsten, Wehrbezirkskommando und Parteistellen.

Durchführung von Ämter-Übersiedlungen:

Jugendamt, Fürsorgeamt, Wohnungsamt, Standesamt,

Rückführung verlagelter Gegenstände aus Spital a. Pyhrn.

Dazu bemerkt Bürgermeister Prokesch folgen des:

Ich gebe zu, dass ein Teil der Bevölkerung mit den bisher durchgeführten Arbeiten nicht zufrieden ist, auch ich bin es nicht. Es ist richtig, dass sehr viel geleistet worden ist, aber ich muss feststellen, dass die Arbeitsmoral nicht auf der Höhe ist, was ja im Hinblick auf das vergangene Regime erklärlich ist.

Der Bürgermeister weist dann auf 2 Projekte hin, die in dieser Sitzung noch nicht behandelt werden können, auf die Erweiterung der Sepp-Stögerstraße und auf die Taborstiege, die den Zugang zum

Friedhof erleichtern soll. Die nächste Sitzung wird sich mit diesen Bauvorhaben zu beschäftigen haben. Die Arbeiten verzögern sich, da dazu zu wenig geschulte Kräfte vorhanden sind.

3.) Berichtstatter Bürgermeisterstellvertreter Anton Azwanger Sanktionierung der bisherigen Verfügungen des Bürgermeisters:

Der Berichtstatter legt dar, dass in den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch der Bürgermeister zu tief einschneidenden Maßnahmen gezwungen war, die in normalen Zeiten der Beschlussfassung des Gemeinderates unterliegen. Um eine formal rechtliche Genehmigung zu erwirken, wird folgender Antrag gestellt:

1.) Der Gemeinderat sanktioniere nachträglich alle vom Bürgermeister in der Zeit vom 7.V.1945 bis 14.IX.1945 erlassenen Verfügungen, Anordnungen, Entscheidungen personeller und sachlicher Art, die nach den Bestimmungen des ehemaligen Gemeindestatutes, Landesgesetz vom 18.3.1930, L.G. u. Vdg.Bl. Nr. 13 in die Kompetenz des Stadtrates oder Gemeinderates gehörten.

Im Besonderen:

Regelungen in sanitärer Hinsicht, Verfügungen in gewerblicher Hinsicht, wie Bestellung von kommissarischen Leitungen und Schließung von Betrieben, Straßenumbenennungen, allgemeine Weisungen des Fürsorgewesens, Grundtransaktionen aller Art, wie Verpachtungen, Grundkäufe und Grundtausche, Entsendung von Vertretern in den Verwaltungsausschuss der Elektrizitätswerke und der Elektro-Bau, Entsendung von Vertretern in die Sparkasse, Festlegung der Fürsorgebezirke und Bestellung von Fürsorgeräten, Regelung des Feuerwehreswesens, Regelung des Wohnungswesens, Regelung der Wiedergutmachung, Maßnahmen bezüglich Säuberung des Beamtenapparates wegen der Mitgliedschaft zur NSDAP., Neuaufnahmen usw. (siehe Anhang).

2.) Ab 14.IX.1945 wird die Kompetenz des Stadtrates und des Gemeinderates im Sinne des zitierten Landesgesetzes wieder eingeführt.

3.) Eine Ausnahme besteht für alle jene Maßnahmen, die der Bürgermeister über Anordnung der Amerikanischen Militärregierung zu treffen hat.

Anhang zum Akt 21. 404/Präs.1945, Sanktionierung der bisherigen Verfügungen des Bürgermeisters:

Regelung der Totenbeschau

Sozialwerk der D.A.F., kommissarische Leitung

Wild Max, Gewerbebetrieb, kommissarische Leitung

Braunsberger Ludwig, Tischlereibetrieb, Schließung, Einspruch

Straßenbenennungen, Neuvorschläge

Fürsorgeunterstützungen, Weisungen

Wochenmarkt Steyr, Wiedereinführung

Landeshauptmannschaft Linz, Schließung, bzw. Zusammenlegung von Gewerbebetrieben, Aufhebung

Rubenzucker Hans, Überlassung eines Grundes auf den Posthofgründen

Rubenzucker Hans, Pachtung eines Grundes an der Ennsnerstraße

Riedl Johann, pachtweise Überlassung eines Grundes in der Blümelhuberstraße

Führlinger Alois, Grundüberlassung zur Aufstellung eines Kalkofens

Elektro Bau A.G., Entsendung eines Gemeindevertreters in den Verwaltungsrat

Elektrizitätswerk Steyr, Entsendung von zwei Vertretern in den Vorstand

Sparkasse Steyr, Entsendung von Vertretern der Stadtgemeinde

Holzeinkauf der Stadtgemeinde bei der Staatsforstverwaltung Reichraming

Festlegung der Fürsorgebezirke und Bestellung von Fürsorgeräten

Kohlenbelieferung der Stadt Steyr (Flenkenthaler)

Feuerwehr, Kostenbeitrag

Wohnungsproblem

Raves August, kommissarische Leitung des Gaswerkes

Landeshauptmannschaft, Wohlfahrtseinrichtungen der NSV, Übernahme durch die Bez.

Fürsorgeverbände

Landeshauptmannschaft, Spende des Genfer Roten Kreuzes

Schülerheim Garsten, Auflösung des Vertrages

Landeshauptmannschaft Linz, Nachrichtenvermittlung für Flüchtlinge

Hayek Hans, käufliche Überlassung der Parzelle 390

Kath. Pfarrämter, Rückgabe, bzw. Schadenersatz für die von der NSDAP. beschlagnahmten oder gemieteten Besitztümer

DWH-Bauten in Aschach, Verkauf

DWH-Bauten in Pieslwang, Verkauf
Alois und Maria Mayr, Tauschvertrag
Friedrich Brandner, Kaufvertrag
Franz und Maria Mayr, Tauschvertrag
Dr. Ferdinand Häuslmayr, Regelung des Dienstverhältnisses
Bildung eines Zentralwohnungsausschusses
Dr. Karl Enzelmüller, Regelung des Dienstverhältnisses
Pachtvertrag-Theater
Franz Aichinger, Pachtvertrag
Georg Christl, Grundverkauf
Adaptierungsarbeiten an den Versorgungs- und Unterstandshäusern
Bestellung der Gemeinderatsausschüsse
Referatsverteilung im Stadtrat
Betrieb von Benzintankstellen
Johann Bogendorfer, Schuhmachergewerbe, Verleihung der Gewerbeberechtigung
Eduard Weichselbaumer, Tischlergewerbe, Verleihung der Gewerbeberechtigung
Franz Loidolt, Friseurgewerbe, Verleihung der Gewerbeberechtigung
Rudolf Wunderl, Gewerbebetrieb der Steinerkleinerung mittels Brechmaschine, Verleihung der Gewerbeberechtigung
Festlegung der Funktionsgebühren
Dienstinstruktionen für das Wohnungsamt

Der Antrag wird einstimmig, debattelos angenommen.

4.) Berichtstatter Stadtrat Karl Wipplinger:

Festlegung der Funktionsgebühren.

Der Berichtstatter stellt nachfolgenden Antrag:

Der Gemeinderat genehmige die Funktionsgebühren des Bürgermeisters im Betrage von RM 500.- mtl. netto und der Bürgermeisterstellvertreter im Betrage von RM 300.- mtl. netto.

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

Der Bürgermeister bemerkt hierzu, dass der frühere Bürgermeister einen Monatsbezug von 1.800.-RA gehabt hat.

5.) Allfälliges.

Gemeinderat Bloderer empfiehlt Sorge zu tragen für die hinterbliebenen Opfer des NS-Regimes. Bürgermeisterstellvertreter Azwanger erklärt, dass es selbstverständlich ist, dass für die Witwen dieser Opfer entsprechend Vorsorge getroffen werden müsse. Soweit derartige Parteien bereits vorgeschrieben haben, wurden diese Ansuchen bereits positiv erledigt. Im Übrigen werden Schritte unternommen werden, ob nicht hier auch Mittel des Landes herangezogen werden können.

Grundsätzlich allerdings kann die Frage erst bei Einsetzung einer Zentralregierung gelöst werden.

Bürgermeister Prokesch: Die Stadtgemeinde wird sich mit diesem Problem befassen und es wird Sache des Stadtrates sein, für die nächste Sitzung einen entsprechenden Antrag vorzubereiten.

Gemeinderat Bloderer gibt dem Wunsch Ausdruck, dass diese Opfer nicht mit einem geringfügigen Betrag von etwa 100.- RM im Monat abgespeist werden dürfen, sie müssen eine entsprechende Unterstützung erhalten.

Bürgermeister Prokesch verweist daraufhin, dass der Gemeinde in finanzieller Beziehung Grenzen gesetzt sind, dass aber über diese Sache noch gesprochen wird.

Gemeinderat Josef Mayrhofer kommt auf die

Registrierung zu sprechen und verlangt mit Rücksicht auf die großen Lücken eine Nachregistrierung.

Bürgermeister Prokesch: Auch dieses Problem wird endgültig gelöst werden, wenn die Zentralregierung zustande kommt.

Schluss der Sitzung: 18.30 Uhr.